

**Freiheit, Mut, Menschenwürde
von Dr. Wolfgang Gerhardt MdB
Vorstandsvorsitzender der Friedrich Naumann Stiftung
für die Freiheit**

-Kurzfassung-

Politik und politischer Wettbewerb sind stets eine Auseinandersetzung über - oder auch ein Kampf um das Denken von Menschen. Dabei zählt nicht immer das richtige Argument, auch nicht die Kenntnis von Sachverhalten oder Verstand und Kompetenz. Es zählt das Prägen von Begriffen, die Semantik, der Appeal, die Empfindungen.

Ein Beispiel: Wenn man in Deutschland bei Veränderungen ansetzen will, dann fällt vor allem eines ins Auge: die herausragende Wirkmächtigkeit der Formel oder des Verständnisses von sozialer Gerechtigkeit. Die Vorstellung erfährt geradezu rituelle Beschwörung, sie ist offen für jedermanns eigene Empfindung, so als ob es eine wirkliche Kontroverse zwischen denen gebe, die mehr wollten und anderen, die meinten es dürfe ruhig etwas ungerecht zugehen. Die politische Verwundbarkeit einer freien Gesellschaft ist an dieser Stelle groß. Es sind Gerechtigkeitsrhetoriker unentwegt, die eine gewaltige Simplifizierung der Probleme des Sozialstaats betreiben.

Ein Parteiprogramm allein reicht längst nicht mehr aus. Es wird für das Alltagsgeschäft in vielen Bereichen die Fragen beantwortet, die beantwortet werden müssen um Sozialpolitik, Bildungspolitik, Umweltpolitik, Wirtschaftspolitik oder Außenpolitik interessierten Mitbürgern fachlich-sachlich erläutern zu können. Es unterliegt aber, wie neulich jemand trefflich sagte, einer gewissen Materialermüdung, und es hat nach Erledigung von Themen auch Verfallsdaten. Deshalb ist die Haltung des politischen Liberalismus darüber hinaus bedeutsam. Er muss eine freiheitliche Gesellschaft beschreiben, die Kompetenz im Wandel ausstrahlt und den Charakter seiner politischen Vorstellungen darstellen, den er bei den Menschen beheimatet sehen möchte. Es geht um Markenpflege. Es geht um einen freiheitlichen Politikentwurf insgesamt.

Wir sind nach dem Ende der alten bipolaren Welt bis heute noch nicht so richtig in der neuen Realität angekommen. Wir machen uns immer noch etwas vor. Die politischen Entscheidungen werden immer noch nach dem gleichen Ritual getroffen. Hintergrund ist die Illusion eines allumfassenden Fürsorgestaates, Vordergrund ist politisches Bodenturnen in Vorsorge- und Ausgleichsaktivitäten als Kern des Regierungshandelns.

Alte Wohlfahrtsversprechen werden unverdrossen gegeben. Tarifverhandlungen auf der Grundlage des Flächentarifs werden noch

immer so geführt als wenn es nur Deutschland und seine Branchen gäbe. Das Prinzip Vorfahrt für Arbeit ist über bloße Rhetorik nicht hinausgekommen. Unser ganzes byzantinisches Regelungsgestrüpp schützt Chancen eher weg. Die ganz alte arbeitsmarktpolitische Apotheke, deren Medizin schon bisher versagt hat arbeitet munter weiter. All das verhindert die Entwicklung der Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaft: Die Kultur eigener Verantwortung des eigenen Engagements und am Ende auch Selbstbewusstsein.

Die Zuweisung kollektiver und individueller Verantwortung stimmt schon lange nicht mehr. Kollektive Systeme vermitteln den Menschen immer mehr den Eindruck, daß sie zur Lösung von Problemen selbst keinen Beitrag mehr leisten müssen. Selbstbedienungsläden ohne Preisschilder führen aber nicht weiter.

Verfallsdaten von politischen Theorien nicht zu beachten kann ganz gefährlich sein. Rationales Schlussfolgern ist die Herausforderung für mündige Bürger. Denn Bürger zu sein bedeutet doch mehr als Staatskunde mit entsprechendem Personalausweis. Kognitive Geizhalse nennt ein Mitarbeiter des Max Planck Instituts für Bildungsforschung große Teile unserer Gesellschaft, weil rationales Schlussfolgern aus der Wirklichkeit nicht unbedingt zu den Stärken mancher Menschen gehört.

Die Marktwirtschaft, aber nicht nur sie, auch die Freiheit und ein waches Bewusstsein für ihre Gefährdungen haben kulturellen und politischen Boden in Deutschland verloren. Wettbewerb ist ein geradezu kontaminiertes Wort. Und das doch gerade in einem Land, das wie kein anderes sein Selbstbewusstsein national wie international aus dem ökonomischen Erfolg bezog. Viele fürchten, daß Freiheit anderen mehr nutzt als ihnen selbst. Andere wiederum vertreten eine recht dürftige Gleichheitsvorstellung, die in einer Ungerechtigkeit gegenüber Leistungsstärkeren endet und vergessen dabei völlig, daß der Zufall, der bei der Kombination unserer Erbanlagen waltet uns zwar alle einzigartig macht aber eben auch einzigartig unterschiedlich und das Leistungsbereitschaft und Lernbereitschaft das Ethos richtig verstandener Solidarität sind.

In Deutschland herrscht ein Misstrauen gegen Freiheitspotentiale des Menschen vor. Die Linke gibt dazu die moralische Deckung. Bei ihr ist ohnehin die Auffassung vorherrschend, daß der Staat der beste Hüter von Gerechtigkeit sei. Sie setzt Kahlschlagverdacht gegen jede Innovation. Bei der SPD ist die Überzeugung verbreitet, daß die Menschen eher nicht mit den Schwierigkeiten des Lebens zu Recht kämen. Bedauerlicherweise hat sie deshalb ihre Identität Jahrzehnt lang nur an der Umverteilungsmarge des Sozialhaushaltes gemessen. Daß sie jetzt derart in Schwierigkeiten ist verwundert nicht.

Sie hat jahrelang ein Illusionstheater gestützt, das jetzt die Linke einfach übernommen hat und das mit einer unglaublichen Simplifizierung der Probleme des gegenwärtigen Sozialstaats einhergeht. Die CDU/CSU hat neben marktwirtschaftlichen Bekenntnissen eine Sozialpolitik wie die SPD gesetzt, die in den letzten Jahren eher eine soziale Begleitung von

Arbeitslosigkeit im Blick hatte als die Arbeit selbst. Gesellschaftspolitisch befürchtet sie zudem ständig, daß Menschen vom rechten Weg abkommen und folgt einer Politik des Vertrauen ist gut und Kontrolle ist besser. Letzteres teilt sie mit den Grünen, die es mit dem Staatsinterventionismus in der Umweltpolitik haben und für die in den vergangenen Jahren Leistungsbereitschaft geradezu als eine Art von Körperverletzung galt.

Die Große Koalition ergänzt solche Mentalitäten durch eine Art von Verabschiedung des wirklich Politischen. Sie erschöpft sich in vielfältigen Ausgleichs- und Konsenzfindungsaktivitäten. Ihre fehlt eine wirklich policy making power. Wir stecken auch deshalb in einer Krise zwischen Erwartungen und Problemverarbeitungsfähigkeit.

Es gibt keine Stammlätze mehr auf dieser Welt, es gibt Auf- und Absteiger. Deutschland hat alle Chancen zu den Aufsteigern zu gehören. Wenn es seiner Politik eine überzeugende internationale europäische kulturelle Gestalt der Freiheit und der Offenheit und werteorientierter Führungsverantwortung gibt. Es gilt eine Politik zu verändern, die bisher die soziale Ruhe in der Gegenwart zu Lasten der Chance der Zukunft organisiert hat. Darauf wurde bisher in Deutschland nicht trainiert, darauf kommt es aber an.

Deutschland ist ein Land mit Potentialen. Lernen ist eine unerschöpfliche Ressource. Freiheit und soziale Marktwirtschaft sind Grundlagen unseres gesellschaftlichen Wohlstandes. Internationale Orientierung mit Europa und im Transatlantischen Bündnis ist unsere Staatsräson. Fairness, Differenzierung, Eigenverantwortung, Generationengerechtigkeit und Teilhabegerechtigkeit das sind Zeichen der Qualität einer freiheitlichen Gesellschaft.

Es gilt ein Bewusstsein für neue Herausforderungen zu entwickeln, eine Haltung zu deren Bewältigung zu schaffen, eine den Aufgaben entsprechende öffentliche Meinung herzustellen und so das gesellschaftliche Klima zu prägen. Es gibt Politikentwürfe mit dem Ziel die Welt abzubremsen, Politik braucht aber die Bereitschaft zu Kompetenz im Wandel. Die Zukunft besteht im Übrigen nicht ausschließlich aus Risiken, sonder auch aus Chancen. Das Rad ist vor der Bremse erfunden worden.

Die Zukunft wird von denen gewonnen, die sich heute darauf vorbereiten. Bildung ist unser Pass für die Zukunft. Sie muß in Deutschland wieder größeres Gewicht gewinnen. Die soziale und demokratische Stabilität wird von der Fähigkeit und dem Willen zu einer Kultur des Lernens abhängen. Wir müssen dringend wieder mit unserem eigenen kulturellen Wissen in Berührung kommen.

Eine freiheitliche Gesellschaft muß mit Unterschieden umgehen können. Es gibt Menschen, die trotz Chancen und Möglichkeiten wenig damit anzufangen wissen und es gibt Menschen, die das können. Leistungsbereitschaft ist keine Kategorie einer Ellbogengesellschaft, Talente sind auch keine Besserwisser. Wer sie verhindern will macht eine Gesellschaft nicht glücklicher durch Gleichheit sondern ärmer. Jeder

Mensch sollte in seinen jeweiligen Fähigkeiten nach vorne gebracht werden, denn nur wer das Beste lernt kann auch sein Bestes geben. Wir müssen mit unserem kulturellen Wissen und Können wieder in Berührung kommen.

Wir verlieren im Übrigen zu viele Potentiale zwischen Geburt und Schulbeginn. Lebenschancen von Kindern und Teilhabechancen und Fähigkeiten ihr eigenes Leben zu gestalten werden oft nicht ausreichend herausgebildet. Die Friedrich-Naumann-Stiftung hat deshalb einen neuen bildungspolitischen Schwerpunkt in der frühkindlichen Bildung gesetzt und begonnen, einen neuen bildungs- und sozialpolitischen Akzent in Hebammenausbildung zur Familienhebamme zu unterstützen. Die Erschöpfung der Sozialpolitik in reiner Alimentierung wenn es zu spät ist muß umgewandelt werden in eine Gesellschaftspolitik der Befähigung der Teilhabegerechtigkeit. Die wird entscheidend grundgelegt bevor ein Kind einer Schule überhaupt begegnet. Sie, die Teilhabegerechtigkeit, muß zu einer Neuausrichtung der Sozialpolitik in eine Befähigungs- und Ermutigungspolitik münden. Die erste Unterrichtsstunde, so sagt Pestalozzi, ist die Stunde der Geburt.

Ein freiheitliche Gemeinwesen darf sich nicht damit begnügen, daß allein am störungsfreien Wachstum das Empfinden gerechter Verhältnis hängt. Bei der Freiheit geht es am Ende nicht nur um Marktwirtschaft und Wachstum. Auch nicht allein um Parlament und Regierung und Wahlen. Der freiheitliche Charakter von Gesellschaften besteht darin, die Menschen zur eigenen Verantwortung zu befähigen. Ein freiheitlicher Staat wird Rahmenbedingungen immer so gestalten, daß seine Bürger ihren eigenen Anteil an der Gestaltung ihrer Biografie einbringen können. Er wird die Menschen nicht an der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten hindern und er wird denen die Hilfe brauchen auch helfen. Aber es gibt keinen Staat, der mehr für die Menschen tun könnte als sie für sich selbst tun könnten und sollten. Er kann sozialpolitisch Brücken bauen, aber darüber gehen müssen die Menschen schon selbst. Mehr individuelle Verantwortung und weniger kollektiver Organisationszwang sind die Voraussetzungen für Erfolg sozial wie ökonomisch.

Das Einfallstor für Gegner freiheitlicher Gesellschaften ist die hierzulande geführte Gerechtigkeitsdiskussion. Sie ist eine verwundbare Stelle freiheitlicher Gesellschaften. Soziale Sicherheit und das Gefühl gerecht behandelt zu werden sind gewaltige Triebfedern des Empfindens der Menschen für Fairness. Der gegenwärtige Sozialstaat wird diesen Gefühlen nicht mehr gerecht. Seine Umverteilungsapparate bringen unzureichende Verteilungseffekte hervor, die Reform der kollektiven Solidargemeinschaften zur kollektiven Vernunft statt zu Selbstzerstörungsmechanismen ist überfällig. Er ist wirklich kein Ort moralische Exzellenz.

Der alimentierende Sozialstaat verhindert nicht mehr den sozialen Ausschluss und der genau ist der Kern der neuen sozialen Frage. Von der Alimentation zur Investition, das muss der neue Weg sein. Von quantitativen Größen zu qualitativen, wie Chancen und Teilhabe. Bildungs-

und Arbeitsmarktpolitik müssen den Kern neuer Sozialpolitik bilden. Sie sind die Maßstäbe für soziale Gerechtigkeit

Die Systeme der pauschalen Abbuchung, der undifferenzierten Zuteilung und nebulösen Kostenentwicklung müssen reformiert werden. Es wird auf Dauer keine soziale Sicherheit geben wenn für untaugliche Systeme nur neue Geldquellen erschlossen werden. Es wird nichts werden ohne private Vorsorge, ohne Loslösung der Sozialpolitik von den Arbeitskosten und ohne Steuerentlastung für mehr Netto als Belohnung von Leistung, damit die Menschen einfach mehr für sich selbst tun können. Es geht um einen Wandel in den Köpfen von der Versorgung zur Teilhabegerechtigkeit

Es ist falsch, moralisches Empfinden ganz grundsätzlich gegen den Markt zu richten. Die geschichtliche Schleifspur aller Linken zeigt, daß unkontrollierte wirtschaftliche und dann auch politische Macht genau dort entstanden ist wo der Wettbewerb vorher aus politischen Motiven ausgeschaltet und damit der Markt entmachtet worden ist. Marktwirtschaft, das ist ein einzigartiges Entmüchtungsprogramm. Allein der Druck des Wettbewerbs zum treuhänderischen Umgang mit natürlichen Lebensgrundlagen erbringt schon deutlich bessere ökologische Ergebnisse als jedes Programm des Staatsinterventionismus.

Der Markt ist auch mehr als nur Wirtschaft. Er hat Regeln und Umgangformen erzeugt, die eine freiheitliche Gesellschaft braucht. Die Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit verteidigt energisch die so oft kritisierten Neoliberalen. Die waren genau die, die eine unabhängige Zentralbank wollten, die eine unabhängige Kartellbehörde wollten, die die Entwicklung von Monopolen verhindern wollten und die faire Spielregeln entworfen haben, damit Menschen am Markt teilnehmen können, wenn sie es wollen.

Markt ist mehr als nur Gewinnmaximierung. Ein Wirtschaftssystem, das die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört ist nicht zukunftsfähig. Marktwirtschaftliche Freiheit in zerstörter Umwelt ist nicht vorstellbar. Natürlich müssen die Weichen für intelligenten Klimaschutz gestellt werden. Die haben wir aber leider noch nicht ausreichend. Stattdessen produziert ein Weltgipfel nach dem anderen CO²-Minderungsprogramme, die nicht eingehalten werden. Sie stehen in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zum Ertrag der Aktion. Wir müssen heraus aus alten Postulaten hin zu strategischem Denken, zu technischer Kompetenz und wissenschaftlicher Einsicht.

Die Steuerpolitik ist nicht nur eine Frage des Budgets. Sie ist Ausdruck des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat. Diejenigen, die dem Bürger wenig zutrauen werden hohe Steuern erheben, weil sie glauben besser als die Bürger zu wissen was ihnen frommt. Sie entmündigen die Bürger, sie entziehen ihnen das Vertrauen mit der Anmaßung des Staates. Freiheitliche Politik gibt den größten Vertrauensvorschuss an die Bürger. Diese sind es im Übrigen auch, die den Staat in schwierigen Fällen dazu ermächtigen im Interesse der Sicherheit aller in vertretbarem Umfang Recht einzuschränken. Allerdings gibt es dafür Grenzen. Wir sind was wir tun, vor allem aber sind

wir auch das was wir nicht tun. Eine freiheitliche Gesellschaft kann im Kampf gegen Gegner des Rechtsstaates den Rechtsstaat nicht auf Spiel setzen. Es gibt klassische Abwehrrechte gegen den Staat, die Bürger haben müssen. Ein rechtstreuer Bürger muß ganz einfach die Chance haben sich den Staat auch ein Stück vom Leibe halten zu können.

Douglas North, Nobelpreisträger und Wirtschaftshistoriker, vertritt die These, daß ein Wertesystem, das wirtschaftlichen wie politischen Wettbewerb als etwas positives ansieht die wichtigste Voraussetzung für eine offene Gesellschaft ist. Es gibt anscheinend so etwas ähnliches wie Begabungen von Gesellschaften aus Chancen auch etwas zu machen. Das gleiche trifft auch auf politische Führungen in den jeweiligen Ländern zu.

Multilateralismus, Multipolarität und Unilateralismus sind die Stichworte für Szenarien und Denken und Handeln nach dem Ende der alten zweigeteilten Welt. Eigentlich sind die Antworten schon gegeben, denn die Wirklichkeit schreibt das Drehbuch. Die einzige übriggebliebene Supermacht, die Vereinigten Staaten, sind zwar Militärisch weltweit überlegen, eine imperiale Präsidentschaft hat allerdings ihre normsetzende Autorität geradezu verspielt. Die Freiheitsrhetorik und die gleichzeitigen double standards haben das Ansehen zerrüttet. Die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten stattfindende Selbstverständnisdebatte ist unübersehbar und unüberhörbar. Die Vereinigten Staaten sind eine große Demokratie und wir werden die globalen Probleme ohne transatlantische Bindungen als Konstante nicht erfolgreich angehen können. Die gemeinsamen politischen und ökonomischen Potentiale sind trotz aller Differenzen überragend und die amerikanische Gesellschaft wird im Übrigen auch zu Korrekturen bisheriger Politik fähig sein.

In Europa haben wir gelernt, den Frieden über institutionelle Integration und eine klare Rechtskultur und über Versöhnung zu sichern. Es bleibt für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bei der Europäisierung des Rahmens, das ist aber keine Flucht aus der Nation in die Integration, sondern Ausdruck des Bewusstseins, das sich die Länder Europas mit der Vertiefung ihrer Beziehungen ihre eigene Selbstbehauptung im weltweiten Wettbewerb organisieren. Ein Vorhaben, das im Übrigen von den nationalen Eliten in die Vermittlung an die jeweiligen Bürger sträflich vernachlässigt worden ist.

Die Friedrich Naumann Stiftung ist in über 60 Ländern mit Projekten vertreten. Sie hat in 47 Ländern eigene Büros. Sie erlebt und erfährt unmittelbar unterschiedliches internationales Verhalten.

Es gibt nun Newcomer weltweit, es gibt Schlüsselstaaten mit denen Kooperation gesucht werden muß, es gibt Staaten mit nationalistischer Selbstdefinitionen, es gibt Staaten mit eigenwilligem Verhalten im Netz internationaler Beziehungen, es gibt Diktaturen und Menschenrechtsverletzer. Geostrategische Vorstellungskraft zu entwickeln kann deshalb nicht nur ein Management von Ereignissen bestimmter Qualität und unbestimmter Qualität und Richtung sein. Es muß ein Mindestmaß an Übereinstimmung im Werden und ein Mindestmaß am Festhalten von Spielregeln geben.

Die große kulturelle Herausforderung ist dabei der Dialog mit der islamischen Welt. Menschenrechte, Gewaltfreiheit und säkularer Staat sind dabei schlechterdings unverzichtbare Grundlagen, die disponibel sind. Es kann eben keine Anerkennung religiöser Authentizität in welcher Religion auch immer, die die Menschenrechte nicht achtet geben. Religion soll Gott verehren aber nicht Gott spielen, schreibt der frühere Limburger Bischof Kamphaus. Wir dürfen deshalb Vertretern konfrontativer Weltsicht nicht das Feld überlassen.

Der Politik geht es immer um eine Balance, um Macht und Ethik, um Verantwortung und Interesse, um nationalen Handlungsspielraum und internationale Verpflichtungen. Unsere Interessen sind die Werte, die wir weltweit vertreten, die Spielregeln auf die wir bereit sind uns mit anderen zu verständigen. Wir müssen uns um weltpolitische Ordnungsformen bemühen, die für die Menschen Orientierung ausstrahlen. Da die Rechtsstaatlichkeit zu den Fundamenten der Europäischen Union gehört tragen wir auch mit anderen eine besondere Verantwortung für eine normengestützte Weltordnung, deren Eckstein die Charta der Vereinten Nationen ist, das wird zwar von vielen als typisch europäische bezeichnet, aber es eröffnet halbwegs die Aussicht auf ein friedliches Zusammenleben.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist freiheitliche Politik nötiger denn je. Sie ist die Botschaft der Menschenrechte, des Humanismus und die Politik für eine verantwortungsbewusste Gesellschaft. Sie weiß, dass Demokratie zerbrechlich ist und dass Toleranz nicht mit Gleichgültigkeit verwechselt werden darf. Dass Wohlstand mit Anstrengung verbunden ist und Marktwirtschaft faire Spielregeln haben muss. Dass die Würde des Menschen nicht verletzt werden darf und dass Hunger die Menschen entwürdigt. Dass neues Denken Courage erfordert und Stagnation jegliche Kreativität zerstören kann. Dass sich Politik nicht im Gebrauch politischer Fertigkeiten erschöpfen darf, sondern dass es Passion, programmatische Substanz, eine Breite an Fähigkeiten und Bildung sowie ein Bewusstsein für Normen, und zivilisatorische Aufgaben beinhalten muss. Es geht dabei nicht nur um Wissen und Können. Es geht um Charakter und Haltung. Es geht um die Renaissance der Verantwortung in Freiheit.

Das Beste, was Deutschland aufzuweisen hat, ist seine freiheitliche Verfassung. Ihre Stärke kommt aus dem Geist der Tradition aus dem europäischen Liberalismus. Darin liegt auch die Kraft der Erneuerung. Es gilt, ein Bewusstsein für die neuen Herausforderungen zu schaffen und eine Haltung zu deren Bewältigung zu entwickeln, eine den Aufgaben entsprechende öffentliche Meinung herzustellen und so das gesellschaftliche Klima zu prägen.